

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Johannes Rau MdL, Stellvertretender SPD-Vorsitzender, warnt, daß die einheitliche Rundfunkordnung auseinanderzufallen droht: In kritischer Phase. Seite 1

Holf Selzer MdL (Schleswig-Holstein) analysiert, daß die SPD insgesamt aus eigener Kraft mehrheitsfähig sein kann: Konzentration auf neue Mehrheiten. Seite 4

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP zum Tod der Präsidentin der Menschenrechtskommission von El Salvador: Gedenken an Marianella Garcia. Seite 5

Günther Czichon unterstreicht, daß besonders die Küste der Hilfe aus Bonn bedarf: Die wirtschaftliche Erosion verhindern. Seite 6

Jens-Rainer Ahrens MdL kritisiert die Pläne des niedersächsischen Kultusministers, die Studienberichtigung zu ändern: Unausgegorene Vorschläge. Seite 7

38. Jahrgang / 54

18. März 1983

In kritischer Phase

Die einheitliche Rundfunkordnung droht auseinanderzufallen

Von Johannes Rau MdL
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
NRW-Ministerpräsident

In der nun 35jährigen Nachkriegsgeschichte des Rundfunks hat es in unserer Republik manches Schlagwetter gegeben. Vieles spricht dafür, daß sich der Rundfunk gegenwärtig in einer schwierigen, wenn nicht sogar in einer sehr kritischen Phase befindet.

Das Ansehen der Rundfunkanstalten ist mehr als nur ins Gerede gekommen; ihre Glaubwürdigkeit ist in der Gebühren Diskussion harten Anfragen und Belastungen ausgesetzt, ihre Widerstandskraft gegenüber politischen Pressionen steht auf dem Prüfstand und ihre Lebens- und Überlebensfähigkeit in der Zukunft steht auf dem Spiel.

Die Rundfunkanstalten sollten diese Herausforderung ernst nehmen, sehr viel ernster als so manche Auseinandersetzung bisher. Das beginnt bei der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Anstalten. Hier hat sich in der Öffentlichkeit manches Unbehagen und mancher Unmut angestaut. Prüfberichte haben ein Echo gefunden wie nie zuvor. Über methodische Ansätze, über Details, über die Angemessenheit von Vergleichen und über schlagzeilenträchtige Einzelbeispiele solcher Gutachten läßt sich streiten. Aber es bleibt berechtigte Kritik. Fehlentwicklungen müssen korrigiert werden. Ich rate, im ureigenen Interesse der Anstalten der Gefahr zu widerstehen, sich einzuigeln. Niemand darf auf ein vermeintlich kurzfristiges Gedächtnis vertrauen. Die Öffentlichkeit ist gegenüber früher sensibler geworden. Heute ist die Situation anders als vor fünf Jahren.

Finanzwirtschaft vollzieht sich ökonomisch und politisch nicht im luftleeren Raum. Bei bedrückender Arbeitslosigkeit, bei angespannten Haushalten der öffentlichen Hand und

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Veränderung Umfang
mit dempley-Ratgeber
Ergebnis-Peier



bei stagnierenden und zum Teil rückläufigen privaten Einkommen kann und darf sich der Rundfunk der allgemeinen Verpflichtung zur Sparsamkeit nicht entziehen. Ich habe deshalb vor dem Landtag gesagt und will das hier wiederholen: "Auch ich halte einen solidarischen Beitrag des Rundfunks und seiner Mitarbeiter für nötig."

Freilich: Nicht der Staat, sondern die Kontrollorgane der Anstalten sind gefordert. Auch die Printmedien werden den öffentlich-rechtlichen Anstalten auf den Fersen bleiben. Soweit die Presse ihr legitimes journalistisches Wächteramt wahrnimmt, ist das gut und richtig. Aber manche tun ja noch ein Übriges. In den letzten Monaten ist oft Kampagnestil zu beobachten. Und ich denke, das hängt damit zusammen, daß der Kampf um die neuen Medien seine Schatten vorauswirft, auch auf die aktuelle Gebühren Diskussion. Die Rundfunkanstalten müssen sich auf eine härtere Gangart einrichten, denn noch so durchsichtige Interessen, oder uns noch so durchsichtig erscheinende Interessen, sind für viele Bürger nicht durchschaubar.

Ich beanstande, daß Gebührenkritik heillos und wahllos mit Programmschelte verbunden wird. Das zielt ja nicht nur auf Vernunft und finanzielle Askese - so weit so gut -, sondern auch auf Rason und auf politische, auf programmpolitische Enthaltensamkeit. Und so manche moralische Entrüstung über durch ein Monopol abgesicherte "Selbstbedienungsläden" der Rundfunkanstalten entpuppt sich auch als Versuch, das Feld für privatwirtschaftlichen Wettbewerb und kommerzielle Konkurrenz aufzubereiten. Konkretere Beispiele ließen sich noch nennen.

Ich hoffe, daß jetzt - nach dem 6. März - die Diskussion um den Gebührenstaatsvertrag nüchterner geführt wird als vorher. Die Rundfunkanstalten sind dabei dringend auf die Unterstützung der Mitglieder ihrer Kontrollgremien und deren Überzeugungsarbeit in den entsendenden Verbänden, Parteien, Körperschaften und Gruppen angewiesen. Vor zehn Tagen ist der Bundestagswahlkampf zu Ende gegangen, der den Rundfunkanstalten wieder einmal heftige Belastungsproben aufgedrängt und abverlangt hat. Das geschah meist auf Druck oder Attacken von außen, aber auch anstalts- oder ARD-interne Fehlentscheidungen haben dazu beigetragen. Ich habe den Rundfunkanstalten immer zu hartnäckigem Widerstand gegenüber allen Versuchen zu politischen und parteipolitischen Beutezügen geraten. Chancengleichheit und Meinungsvielfalt machen die Vorzüge unseres Rundfunks aus.

Der Rundfunk braucht eine angemessene Finanzausstattung sicher zu allererst, um seine Unabhängigkeit wahren zu können. Er braucht sie gewiß aber ebenso, um die Vielfalt und Qualität seines Programms zu erhalten. Wer den Griff zur Konserve und wer Werbung im Rundfunk begrenzen will, der muß für ausreichende Gebühren sorgen.

Nicht nur die einheitliche Rundfunkstruktur, wie die Ministerpräsidenten sie am 11. Mai 1978 beschrieben haben, auch die einheitliche Rundfunkgebühr ist ein "hohes Gut". Ein funktions- und leistungsfähiger Finanzausgleich ist damit unlösbar verbunden. Ich kann das mit großer Überzeugung sagen, denn es gibt Anstalten, die ein Ende des Finanzausgleichs verkraften können.

Aber ich setze auf einen erfolgreichen Ausgang des Ratifizierungsverfahrens. Schließlich geht es nicht allein um Gebühren, sondern um ein Kernstück des Föderalismus und um die Funktionsfähigkeit der bundesstaatlichen Verfassungsordnung. Wer hier Preisgaben riskiert oder riskieren will, der kann den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch von innen her aufs Spiel setzen - bewußt oder unbewußt durch Ängstlichkeit, durch Gefälligkeitsjournalismus oder durch Parteilichkeit. Für sich selber sollten die Rundfunkanstalten dagegen eindeutig oder eindeutiger Partei ergreifen.



Ich sehe das "Stillhalteabkommen" der Ministerpräsidenten von 1978 als gefährdet an. Einzelne Länder wollen daran nicht mehr, zumindest nicht in dieser Form und Reichweite daran festhalten; sie drängen darauf, schon während der Versuchsphase der Pilotprojekte Entscheidungen einzuleiten für die Medienstruktur und die Medienorganisation der neunziger Jahre und darüber hinaus. Gewiß, die Entwicklung ist seit 1978 weitergegangen. Es wurden neue Entscheidungen nötig, kein Land hat sich dem entzogen. Die Rundfunkanstalten haben sich Regionalisierung und Dezentralisierung vorgenommen, das Interesse an lokalem Rundfunk wächst, nicht nur bei den Kirchen und bei den Grünen. Über einen "Offenen Kanal" wird nicht nur an den Standorten der Pilotprojekte nachgedacht und diskutiert. Aber Gegensätze zwischen den Ländern sind unverkennbar. Die Linien folgen hier übrigens nicht strikt der politischen Farbenskala. Es gibt gravierende Meinungsverschiedenheiten auch zwischen Ländern der gleichen parteipolitischen Struktur.

Die Regierungschefs der Länder haben sich für die vor ihnen liegenden Gespräche vorgenommen, die unterschiedlichen Positionen abzuklopfen und zu diskutieren. Hier werden Klärungen nötig sein. Wenn ich an den Unterschied zwischen "privat" und "privatwirtschaftlich" denke, dann möchte ich etwas wissen, was es mit einer "Bestandsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk" auf sich haben soll? Ist das chancengleiche Teilhabe an den neuen Medien, Festschreiben dem "status quo" oder gar ein Rückschritt zu einem "status quo minus"?

Ich will mit diesem Beispiel mögliche Spannbreiten verdeutlichen. Ich wage keine Prognosen, aber ich weiß, daß wir nicht mehr jahrelang diskutieren können, sondern, daß wir in absehbarer Zeit zu Entscheidungen kommen müssen. Eines scheint mir gewiß: Wenn es den Ländern nicht gelingt, sich wieder stärker aufeinander zuzubewegen, dann wird die einheitliche Rundfunkordnung in der Bundesrepublik auseinanderfallen. Damit steht viel auf dem Spiel: Ein wesentlicher Teil gemeinsamer Kulturpolitik der Länder und der für die politische Stabilität in der Bundesrepublik unverzichtbare Integrationsrundfunk.

(-/18.3.1983/ks/ca)

+ + +



Konzentration auf neue Mehrheiten

Die SPD kann insgesamt aus eigener Kraft mehrheitsfähig werden

Von Rolf Selzer MdL

SPD-Landesgeschäftsführer in Schleswig-Holstein

Spätestens die Schleswig-Holstein-Wahl vom 13. März, eine Woche nach der Bundestagswahl, hat gezeigt, daß es derzeit keine Mehrheiten für ein sozial-liberales Bündnis auf Landesebene gibt. Dies dürfte bundesweit gelten. Auf Deutsch: Der soziale Bereich innerhalb des organisierten Liberalismus in der FDP ist auf mittlere Sicht tot, längerfristig gesehen noch töter.

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten haben ihr gutes Abschneiden (das beste seit über 30 Jahren, nach dem möglichen Wahlsieg das zweitbeste, was denkbar war) vornehmlich zwei Tatsachen zu verdanken: Zum einen haben die Sozialdemokraten ihr klassisches Potential, die Arbeitnehmerschaft, voll erreicht, zum anderen gelang es ihnen, den Kern der liberalen Wählerschaft zu gewinnen. Bei dem Ruf der Nordlichter, "linke" zu sein, kann festgestellt werden: links ist machbar, Herr Nachbar.

Dabei hat die Sozialdemokratie im Norden seit Jahrzehnten konkrete Positionen formuliert und in Parlaments- und Parteiarbeit umgesetzt. So beispielsweise in drängenden Fragen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. In der Ost- und Deutschlandpolitik gab sie sogar entscheidende Anstöße zur Konzentration auf Realitäten und zur Entspannung des politischen Klimas.

Wen wundert es, daß die Partei im Land zwischen den Meeren auch sehr feinfühlig in Umwelt- und Ökologiefragen agiert. - Noch bevor Brokdorf zu "Brokdorf" und die Grünen zur "Bewegung" wurden, hat die Partei in zum Teil selbstquälerischen Meinungsbildungsprozessen "grüne" Konturen gewonnen. Mit Brokdorf wollte die Schleswig-Holstein-SPD einen Schlußpunkt in der Kerntechnologie setzen. Mit der Verhinderung überflüssiger Großprojekte in Erholungsgebieten und großen Naturräumen hat sie "grüne" Themen besetzt.

Vor vier Jahren, bei der Landtagswahl 1979 war dies für eine Regierungsbildung im nördlichsten Bundesland mehrheitsfähig. Allerdings haben grüne Prestigefaker dazu beigetragen, daß die Stimmen zersplittert wurden und in der Endabrechnung diejenigen eine Mehrheit bekamen, die Brokdorf zu verantworten haben und die rechthaberisch am Abbau letzter Naturreserven weiterarbeiten. Eigeninteressen der grünen Organisationsfrage gegen Vernunft ...

Bei den jüngsten Wahlen im Lande haben Sozialdemokraten laut gesagt, daß grün wählen letztlich damit endet, sich schwarz zu ärgern. Die im Lande kandidierenden "Grünen" und ihre konkurrierende Luxusausstattung von der "demokratischen" grünen Liste wurden offensiv mit Sachauseinandersetzungen durch die SPD-Wahlkämpfer konfrontiert. Aufgrund programmatischer Aussagen und praktischer Gegebenheiten gelang es, aufzuzeigen, daß die "grünen" Themen durch die "Roten" besetzt waren. Es wird nunmehr in der Oppositionsarbeit und in der Kommunalpolitik darauf ankommen, zu zeigen, wie Sozialdemokraten ihre "grünen" Themen unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen in praktische Politik umsetzen werden.

In Schleswig-Holstein gelang es am 13. März, klassische Arbeitnehmerthemen und die Anliegen der ökologischen Bewegung unter einen Hut zu bringen. Für die, die das ganze "schwarz auf weiß" brauchen: Das Erststimmenergebnis der Bundestagswahl vom 6. März konnte beim Landtagswahlergebnis, bei dem es nur eine Stimme gab, so gut wie wiederholt werden.

Der Partei (und zwar insgesamt) stellt sich nun die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß sie aus eigener Kraft mehrheitsfähig wird. Dazu braucht sie die Einbindung der Jungen, der Ökologen, der Liberalen. Voraussetzung aber ist, die Arbeitnehmerschaft bei der Stange zu halten und das in Schleswig-Holstein begonnene Bündnis mit den anderen Gruppierungen zu vertiefen. So wird eine neue Mehrheit im Lande entstehen, die schon sehr kurzfristig bestimmende politische Kraft sein kann.

(-/18.3.1983/ks/ca)

+ + +

Gedenken an Marianella Garcia

Zum Tod der Präsidentin der Menschenrechtskommission von El Salvador

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Es hat kaum Aufmerksamkeit in der Presse erregt: Die Präsidentin der Menschenrechtskommission von El Salvador Marianella Garcia ist von offiziellen Armeeeinheiten in der Nähe von La Bermuda in El Salvador ermordet worden.

Sie war in Begleitung der Ordensschwester Luz Maria Hernandez legal nach El Salvador eingereist, um Beweismaterial über Menschenrechtsverletzungen in allen Konfliktzonen, unter anderem über den Einsatz von weißem Phosphor durch salvadorensische Regierungstruppen, für einen Bericht der UNO-Menschenrechtskommission zusammenzutragen.

Ich habe sie kennengelernt als wir vor rund eineinhalb Jahren mit einer Delegation von Christdemokraten und Sozialdemokraten des Europäischen Parlaments in Mexiko und El Salvador waren. Sie übergab uns erschütternde Belege für Ermordungen, Folterungen von Frauen und Kindern, Zivilisten durch offizielle Regierungstruppen.

Sie war eine junge Frau, Juristin, die diese Arbeit der Menschenrechte ihr ganzes Leben einsetzte. Die so gerne ein ganz normales Leben geführt hätte und dies wie Millionen von Menschen in dieser Region nicht tun konnte. Die nun das Opfer eben der Armee-Spezialeinheit, Atlacatl, geworden ist, durch deren durch die US-Berater erworbenen Praktiken sie öffentlich anprangern wollte.

Sie, wie alle engagierten Christen, die ich in El Salvador getroffen habe, hatte die gleiche Haltung: Man muß seine Pflicht tun und dabei den Tod nicht scheuen.

Vielleicht trägt die Ermordung Marianella Garcias dazu bei, die öffentliche Meinung wieder aufzurütteln, zu einem Zeitpunkt, in dem die US-Regierung höhere Militärhilfe den Mördern in El Salvador liefern will und zudem die Bonner Rechtsregierung das Verhältnis zu El Salvador "normalisieren" will.

"Normalisierung" gegenüber einer Regierung, die kaltblütiges Morden der Zivilbevölkerung nicht verhindern kann oder will, ist nicht möglich. Und: Die Repression in El Salvador hat nicht ab-, sondern zugenommen: Zwischen 1979 und 1982 sind 43.000 Menschen in El Salvador ermordet worden. (-/18.4.1983/ub/ca)

+ + +



Die wirtschaftliche Erosion verhindern

Besonders die Küste bedarf der Hilfe aus Bonn

Von Dr. Günther Czichon

Senator für Bundesangelegenheiten der Freien und Hansestadt Bremen

Die Hoffnung des Jahreswirtschaftsberichts, Zurückhaltung in der Lohnpolitik und steuerliche Entlastung der Unternehmen würden zu einer spürbaren Milderung der Arbeitslosigkeit führen, kann man aus Bremer Sicht nicht teilen. Der heute im Bundesrat diskutierte Jahreswirtschaftsbericht und die darin aufgezeigte Kurswende, im Vergleich zu seinen Vorgängern von 1981 und 1982 kann nicht ohne sehr starkes Befremden registriert werden. Schließlich ist ja immer noch der gleiche Bundeswirtschaftsminister im Amt, der auch die früheren Berichte vorgelegt hat.

Aus Bremer Sicht ist besonders die Strukturkrise der Wirtschaft an der Küste bedenklich. Bremen ist unter den vier Küstenländern wohl am ehesten prädestiniert, dazu etwas zu sagen: Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben Küste, Bremen aber ist Küste - und nichts als Küste! Selbst von Hamburg darf man wohl sagen: Es liegt zwar an der Küste, aber es ist doch ein Ballungsraum und Dienstleistungszentrum von solcher Größe, daß die davon ausgehende Dynamik ein wenig die allgemeine Küstenproblematik kompensiert.

Die Wirtschaft der Küste ist von drei Faktoren geprägt:

- Von der Tatsache, daß hier eine viel stärkere Abhängigkeit von der Weltwirtschaft besteht als im Binnenland,
- von dem Umstand, daß hier relativ viele Betriebe nur Zweigbetriebe von Konzernen sind, also keine volle unternehmerische Selbständigkeit haben und
- vielleicht auch etwas davon, daß die Industrialisierung im Norden historisch früher eingesetzt hat als im Süden und dadurch noch manche überalterte Industriestruktur mitgeschleppt wird.

Die aktuellen Arbeitslosenzahlen liegen erheblich über dem Bundesdurchschnitt und sie werden weiter steigen, wenn nicht gezielte Maßnahmen ergriffen werden. Maßnahmen, die geeignet sind, neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch Maßnahmen, die vielleicht nur ausreichen, den Abbau von Arbeitsplätzen so lange zu verzögern, bis neue zum Ausgleich entstanden sind. Möglicherweise sind manche Industrien an der Küste gegen den Protektionsismus anderer Länder und gegen die niedrigeren Löhne in Korea und Singapur nicht in heutigem Umfang auf ewig zu halten. Wir brauchen jedoch Zeit für den notwendigen Umstrukturierungsprozeß und die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen.

Eines sollten wir doch gelernt haben: Kahlschlag bedeutet Erosion, und auf einer Fläche, die erodiert ist, wächst nichts mehr. Da helfen dann auch keine Aufforstungsmaßnahmen mehr. Wirtschaftliche Erosion an der Küste muß deswegen unter allen Umständen vermieden werden. Daß der Jahreswirtschaftsbericht dieses Problem nicht angemessen anspricht, empfinden wir als großen Mangel.

Bremen hat schon in dem letzten Jahr und ganz besonders in den letzten Monaten außergewöhnliche finanzielle Opfer gebracht, um den Zusammenbruch großer Betriebe zu verhindern. Damit sind aber die Probleme nicht gelöst. Es ist lediglich Zeit gewonnen worden. Die Bundesregierung muß jetzt helfen. Ganz besonders beim Stahl und bei den Werften. Sie muß die Küste aber auch finanziell in die Lage versetzen, moderne Industriestrukturen zu entwickeln und zu fördern.
(-/18.3.1983/ks/ca)

+ + +



Unausgelegene Vorschläge

Niedersachsens Kultusminister will Studienberechtigung ändern

Von Professor Dr. Jens-Rainer Ahrens
Kultusausschußvorsitzender des niedersächsischen Landtages

Dem Plan des niedersächsischen Kultusministers Georg-Berndt Oschatz, Einschränkungen der mit dem Abitur verbundenen Studienberechtigung vorzunehmen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Oschatz hat auf einer Tagung in Loccum die Entkoppelung von Hochschulzugang und Abitur sowie die Verkürzung der Schulzeit bei Gymnasiasten auf zwölf Jahre gefordert.

Allein aus arbeitsmarktpolitischen Gründen läßt sich auf absehbare Zeit weder eine Einschränkung des Studienzugangs noch die Verkürzung der Schulzeit für Gymnasiasten auf zwölf Jahre vertreten. Dies würde den Ansturm von Abiturienten auf Berufsausbildungsplätze verstärken und den Verdrängungswettbewerb gegenüber Haupt- und Sonderschülern weiter anheizen.

Wenn Oschatz die bildungspolitisch gewollte Öffnung der Gymnasien für breitere Schichten der Bevölkerung mit begriffen wie "Inflationierung des Abiturs" diskutiert, ist dies ein erneuter Hinweis darauf, daß bestimmte gesellschaftliche Kräfte Gymnasialbildung in Zukunft wieder für kleine Kreise der Bevölkerung reservieren möchten. Das Rollback im Bildungsbereich soll vorangetrieben werden.

Eine Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien setzt erhebliche Strukturveränderungen bei der Hochschulausbildung voraus. Die jetzige niedersächsische Landesregierung ist aber schon mit ihren Studienreformvorhaben im bestehenden Schul- und Studiensystem vollkommen gescheitert. Angesichts dieser erwiesenen Unfähigkeit müßte die Schulzeitverkürzung an den Hochschulen zu einem Chaos führen. Die Landesregierung Albrecht solle ihre Energie lieber auf die Lösung der dringlichen Fragen im Schul- und Berufsbildungssystem konzentrieren. Statt mit unausgelegenen Vorschlägen die Öffentlichkeit zu verunsichern.

(-/18.3.1983/ks/ca)

+ + +

Neu bei der Sozialdemokratischen PresseDienst GmbH:



Politik vor Ort wird wichtiger. Die SPD kümmert sich wieder mehr um die Kommunen: Eine Ideenbörse für Entscheidungsträger in Rat und Verwaltung. Erscheint wöchentlich.
DM 25,- mtl. zuzügl. Porto und MWSt.

Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Heußallee Pressehaus I/217
53 Bonn 1

Ich bitte um ein Probeexemplar von kommunal-report

Name

Straße:

(PLZ) Ort:

....., den

Unterschrift: